

## Bern

# Der Streit um die Qualität in Pflegeheimen

Über 70 Berner Pflegeheime haben in den letzten Jahren gemäss einer Statistik des Bundes beim Personal gespart. Angefragte Heime können die tiefen Werte beim Fachpersonal aber nicht nachvollziehen.

Simon Wälti

Die Klagen der Angestellten in der Pflegebranche häufen sich. Die Rede ist von Stress und Überforderung. Pflegenden sagen, sie arbeiteten am Anschlag, müssten Arbeiten ausführen, für die sie nicht ausgebildet seien. Manchmal sei es «grenzwertig». So drückte es eine Angestellte gegenüber dem «Bund» aus. Das Personal ist besonders gefordert, weil sich viele Bewohnerinnen und Bewohner der Heime in einem schlechten gesundheitlichen Zustand befinden. Die klassischen Altersheime von früher gibt es nicht mehr.



Die «SonntagsZeitung» stellt in ihrer aktuellen Ausgabe denn auch einen starken Qualitätsrückgang in Schweizer Heimen fest. Stark betroffen ist dabei der Kanton Bern. 72 Heime haben gemäss der Datenanalyse des Tamedia-Recherchedesks in den Jahren zwischen 2012 und 2016 Personal abgebaut oder gut ausgebildete Fachkräfte durch Hilfspersonal ersetzt. Die Daten basieren auf der Somed-Statistik des Bundesamts für Gesundheit. Die Zahlen werden von den Heimen am Computer eingetragen.

## Mangel an Fachkräften

«Die Anforderungen an das Pflegepersonal und der Druck haben zugenommen», sagt Lucia Schenk. Sie ist Vizepräsidentin des SBK Bern, des Berufsverbands für Pflege. Ein Problem sei etwa, dass operierte Personen in einem noch stark pflegebedürftigen Zustand vom Spital zurück ins Heim verlegt würden. Es bestehen zudem Schwierigkeiten, die notwendigen Stellen beim qualifizierten Personal zu besetzen. «Wer kann, arbeitet oft lieber in einem Spital als in einem Alters- und Pflegeheim», sagt Schenk. Die Heime müssen darum auf anderes Personal ausweichen. Zudem ist seit Jahren ein Wettrüsten im Gang: Die Heimbetreiber investieren viel Geld in Neubauten oder in Sanierungen, die Erwartungen sind gestiegen. Kredite sind billig zu haben. «Wenn die Zinsen aber steigen, könnten die Budgets aus dem Lot geraten», sagt Schenk dazu.

## Fehlerhafte Dateneingaben

Angefragte Heime können sich die Zahlen teilweise nicht erklären. Die Verteidigungslinie heisst dabei fast durchgehend: Bei den Eingaben an den Kanton liege man über den geforderten Werten. So etwa nimmt auch die Dahlia Oberaargau AG Stellung. Mehrere ihrer Heime in Niederbipp, Herzogenbuchsee und Huttwil weisen tiefe Werte beim qualifizierten Personal auf. «Vermutlich wurden bei der Eingabe der Daten in die Somed unbeabsichtigt Fehler gemacht», räumt Urs Lüthi, Delegierter des Verwaltungsrates ein. Die Somed-Daten-Eingabe sei sehr komplex und lasse zum Teil «erheb-



Die Menschen gehen heute oft erst dann ins Heim, wenn es nicht mehr anders geht. Foto: Thomas Egli (Archiv)

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

## Teilweise gar besser ausgebildetes Personal

Massgebend für den Kanton sind nicht die Somed-Daten, sondern die eigenen Zahlen. Diese Vorgaben seien erfüllt, sagt die Gesundheits- und Fürsorgedirektion.

Bei der Somed-Statistik handle es sich um eine statistische Erhebung, sagt Astrid Wüthrich vom Alters- und Behindertenamt (Alba) in der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF), Mindest- und Richtstellenplan beziehungsweise die jährliche Erhebung dagegen seien ein Aufsichtsinstrument. Nicht alle Heime schenkten der Somed-Statistik die notwendige Aufmerksamkeit. Die Statistik sei darum mit den Zahlen des Kantons nur beschränkt vergleichbar. Die Vorgaben der GEF würden von den Heimen eingehalten. «Wir sehen sogar eine Zunahme der Heime, welche die Richtstellenpläne im Bereich der Fachpersonen mit tertiärer Ausbildung übertreffen», sagt Wüthrich. Die Daten beruhen auf einer Selbstdeklaration der Heime.

Der Richtstellenplan ist ein Zielwert, der eine gute Pflegequalität gewährleisten soll. Der Mindeststellenplan gibt die minimale Anforderung vor. Konkret bedeutet dies beim Richtstellenplan, dass 20 Prozent des Pflegepersonals eine Ausbildung der tertiären Stufe aufwei-

sen müssen, die Funktionsstufe 3. Das sind zum Beispiel Pflegefachpersonen mit einem Diplom einer Höheren Fachschule. Beim Mindeststellenplan liegt dieser Wert bei 16 Prozent. Nur sehr wenige der 305 Heime im Kanton Bern erfüllten die Mindestanforderungen nicht: «In solchen Fällen werden wir umgehend aktiv und stellen sicher, dass die Vorgaben so schnell wie möglich wieder eingehalten werden», sagt Wüthrich. Es werde zum Beispiel verordnet, dass vorübergehend eine Fachperson mit tertiärer Ausbildung von der Spitex beigezogen werde.

## Ein Drittel nur «genügend»?

Eine Zusammenstellung des Alba zeigt: Bei der Funktionsstufe 3 lagen von den 305 Heimen im Kanton Bern im letzten Jahr 206 Heime über dem Richtstellenplan und 99 darunter. Heisst das also, dass fast ein Drittel nur ein «genügend» im Zeugnis verdient hat? Wüthrich sieht das nicht so, denn ein Wert zwischen Mindeststellen- und Richtstellenplan könne mit einer 4,5 verglichen werden.

Ab diesem Jahr hat der Kanton die Kriterien gelockert. Auch wenn nur 16 Prozent des Pflegepersonals ein Diplom einer Höheren Fachschule aufweisen, gilt der Richtstellenplan als erfüllt, wenn weitere vier Prozent Hebammen oder Fachangestellte Gesundheit (Fage) mit einer Zusatzausbildung in Langzeitpflege

dazukommen. Wer die Berufsprüfung Langzeitpflege absolviert habe, verfüge im geriatrischen Bereich über zusätzliches Wissen, sagt Wüthrich. Kritik an der Neuerung gab es aber vom Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner. Unter der Neuerung leide die Qualität in der Pflege, wurde etwa bemängelt (siehe «Bund» vom 12. Januar).

Das Alba teilt das Personal in den Alters- und Pflegeheimen in drei Stufen ein: 20 Prozent des Pflegepersonals sollen eine Ausbildung der tertiären Stufe aufweisen. 30 Prozent müssen eine Ausbildung auf Sekundarstufe absolviert haben, das sind zum Beispiel Fachangestellte Gesundheit (Fage). Die übrigen 50 Prozent (Funktionsstufe 1) sind zum Beispiel Pflegehelferinnen und Pflegehelfer mit einem Kurs des Schweizerischen Roten Kreuzes. Der Lehrgang besteht aus einem theoretischen Teil von 120 Stunden und einem praktischen Teil von 15 Tagen.

Die Ausgaben des Kantons Bern im Bereich Langzeitpflege beliefen sich im Jahr 2016 im Rahmen der Pflegerestfinanzierung auf 211 Millionen Franken. Die Gesamtkosten liegen weit höher: An diesen beteiligen sich gemäss Krankenversicherungsgesetz KVG die Krankenkassen und die betreuten Personen. Sind diese nicht oder nicht mehr zahlungsfähig, können sie Ergänzungsleistungen beanspruchen. (wal)

lichen Spielraum» zu. Man halte sich an die Vorgaben der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF). «Wäre dies nicht der Fall, so hätte die Gesundheits- und Fürsorgedirektion interveniert», sagt Lüthi. Die Dahlia Oberaargau AG will in Zukunft den Somed-Daten verstärkte Aufmerksamkeit schenken und hat dazu eine Arbeitsgruppe gebildet.

Ähnlich klingt es bei einem anderen Heim, dem Alterswohn- und Pflegeheim Rütihubelbad in Walkringen, das von einer Stiftung geführt wird. Die Zahlen seien «nicht schlüssig» und «nicht nachvollziehbar», heisst es. So liege zwar eine Kennziffer in der Somed-Statistik zum Pflegefachpersonal unter dem Schnitt, eine andere aber deutlich darüber. Das Heim hält weiter fest, dass man klar über dem Richtstellenplan des Kantons liege, «zumal wir mit der anthroposophischen Pflege mehr Aufwand haben, der auch durch zusätzlich ausgebildetes Pflegefachpersonal erfüllt wird».

## Qualität kostet Geld

Die Unterschiede könnten zum Teil auch damit zusammenhängen, dass Lernende in der Somed-Statistik und beim Kanton unterschiedlich gewichtet würden, sagt Philipp Grichting, Geschäftsführer der Tilia-Stiftung, die mehrere Heime betreibt, etwa in Ittigen, in Ostermündigen oder in Bern mit Wittigkofen. Die Tilia-Heime sind auf schwer und schwerst pflegebedürftige Bewohnende ausgerichtet, was sich in der Somed-Statistik auch entsprechend niederschlägt. Der Anteil des Fachpersonals ist höher: Rund zwei Drittel des Fachpersonals ist in der Somed-Statistik als qualifiziert eingestuft. Zu den Fragen rund um die Pflegequalität sagt Grichting: «Man kann nicht Kosten einsparen und meinen, es gehe alles genau gleich weiter.» Zwar sei es immer möglich, Prozesse zu optimieren. «Aber letztlich stellt sich die Frage, wie viel Geld die Gesellschaft und die Politik für die Pflege aufwenden wollen», sagt Grichting. Wichtig sei auch, die Attraktivität des Pflegeberufs zu verbessern.

Für die Gewerkschaften sind die Vorgaben nicht ausreichend: Mindeststellen- und Richtstellenplan seien zu tief angesetzt, sagt Samuel Burri von der Gewerkschaft Unia. Das System funktioniert nicht. Zwischenmenschliches sei nicht vorgesehen, weil die technokratische Sicht überwiege. Häufig müssten die Heime den Betrieb so stark optimieren, dass es nicht mehr für eine qualitativ hochstehende Pflege ausreiche. Ein Fragezeichen setzt Burri auch hinter die Verteilung der Gelder: Es bestehe eine Tendenz, die Löhne des Pflegepersonals tief zu halten. Stattdessen würden in den Führungs- und Leitungsgremien hohe Entschädigungen ausgerichtet.

Wie hoch die Kaderlöhne sind, ist nicht bekannt. Der Grosse Rat beschloss 2015, dass bei Betrieben, die vom Kanton unterstützt werden, Transparenz geschaffen werden soll. Der Regierungsrat habe aber eine Deklarationspflicht für Heime im Alters- und im Behindertenbereich abgelehnt und sehe weitgehende Ausnahmen vor, berichtete die «Berner Zeitung» im Januar.

## Online

### Kritik an Besetzung der Grossen Halle

Seit vergangener Mittwoch wird der Kunst- und Veranstaltungsort Grosse Halle bei der Berner Reitschule besetzt – quasi doppelt besetzt, ist doch die Reitschule insgesamt ohnehin schon eine besetzte Kulturinstitution. Der diesjährige Flohmarkt der Reitschule am Ostermontag konnte deshalb nicht wie gewohnt stattfinden und führte prompt zu einem Besucher- sowie Anbieterunbruch, wie eine Reportage vor Ort zeigt. Die Besetzer wehren sich gegen Lohnarbeit und fixe Preise. Dafür ernten sie Kritik aus dem eigenen Lager, etwa von Reitschule-Urgestein Tom Locher. (mob)

Lesen Sie den ganzen Bericht auf «Bund»-Online: [grossehalle.derbund.ch](http://grossehalle.derbund.ch)

## Kurz

### Stadt Bern Verletzter nach Streit in der Aarberggasse

In der Berner Aarberggasse ist in der Nacht auf Montag ein Mann bei einer tätlichen Auseinandersetzung verletzt worden. Er musste mit der Ambulanz ins Spital gebracht werden, wie die Polizei mitteilt. Ersten Erkenntnissen zufolge seien mehrere Männer aneinander geraten. Die Polizei sucht nun Zeugen. (sda)

### Ostermarsch Über 1000 Personen demonstrieren für Frieden

Über 1000 Personen haben gestern am Ostermarsch in Bern für ein gerechteres Wirtschaftssystem demonstriert. Die Teilnehmenden wollten der Öffentlichkeit in Erinnerung rufen, dass Gerechtigkeit eine Bereitschaft zum Teilen vor-

aussetzt. Mit dabei waren auch Kurdinnen und Kurden. Sie demonstrierten für Solidarität mit der nordsyrischen Stadt Afrin. Der Ostermarsch wird von gegen 40 politischen und kirchlichen Organisationen getragen. Der Marsch startet jeweils an der Aare und führt dieser entlang ins Berner Stadtzentrum. (sda)

### Berner Waldbesitzer Lea Imola wird neue Geschäftsführerin

Die Forstingenieurin Lea Imola aus Bern wird im Sommer neue Geschäftsführerin des Verbands der Berner Waldbesitzer, wie es in einer Mitteilung heisst. Imola ersetzt Stefan Flückiger, der auch Leiter des Forstbetriebs der Burggemeinde Bern ist. Der Verband der Berner Waldbesitzer vertritt die Anliegen der rund 36 000 Waldeigentümer des Kantons Bern. (sda)

Anzeige

**WELCHER ANLAGETYP SIND SIE?**

Finden Sie es jetzt heraus:  
[banksim.ch/anlagetyp](http://banksim.ch/anlagetyp)

**BANKSLM**